JETZT AB 17.990,– €[1] ODER AB 129 € IM MONAT FINANZIEREN[2].

Ausstattungshighlights:

- Uconnect® Touchscreenradio mit 5"-Bildschirm und Navigationssystem
- Zwei-Zonen-Klimaautomatik
- 17"-Leichtmetallfelgen
- „Keyless Entry & Keyless Go"
- Parksensoren hinten u. v. m.

FIAT
simply more

Kraftstoffverbrauch (l/100km) nach RL 80/1268/EWG für den Fiat 500X Attractive 1.6 E-torQ 4X2 mit 81 kW (110 PS): innerorts 8,7; außerorts 5,0; kombiniert 6,4. CO_2-Emissionen (g/km): kombiniert 147.

[1] Für den Fiat 500X ATTRACTIVE 1.6 E-torQ 4X2 mit 81 kW (110 PS), UPE des Herstellers i. H. v. 20.990 € abzgl. Fiat- und Händler-Eintauschprämie i. H. v. 3.000 € zzgl. Überführungskosten, bei Kauf eines nicht bereits zugelassenen Fiat 500X ATTRACTIVE 1.6 E-torQ 4X2 mit 81 kW (110 PS) bis 29.02.2016 und gleichzeitiger Inzahlungnahme eines mindestens 3 Monate auf den Neufahrzeugkunden zugelassenen Altfahrzeugs. Nachlass, keine Barauszahlung.

[2] **Ein Finanzierungsangebot, vermittelt für die FCA Bank Deutschland GmbH, Salzstraße 138, 74076 Heilbronn, bei Kauf eines nicht bereits zugelassenen Fiat 500X ATTRACTIVE 1.6 E-torQ 4X2 mit 81 kW (110 PS): effektiver Jahreszins 1,99 %, Sollzinssatz gebunden, p. a. 1,97 %, Nettodarlehensbetrag 14.404,57 €, Gesamtbetrag 15.390,58 €, 1. Rate 179 €, 46 Monatsraten à 129 €, Anzahlung 3.585,43 €, Schlussrate 9.277,58 €.**

[3] 2 Jahre Fahrzeuggarantie und zusätzlich für 199 € 2 Jahre Neuwagen-Anschlussgarantie EXTENSION Premium Plus der Allianz Versicherungs-AG bis maximal 40.000 km Gesamtlaufleistung ab Werk gemäß ihren Bedingungen.

Privatkundenangebot, nur gültig für Neufahrzeuge, nicht kombinierbar mit anderen Angeboten. **Limitiertes Sondermodell, nur solange der Vorrat reicht.** Abbildung zeigt Sonderausstattung. Nur bei teilnehmenden Fiat Partnern. Angebot gültig bis 29.02.2016.

EINE WERBUNG DER FCA GERMANY AG.

Ihr individuelles Angebot erhalten Sie bei:

Anton Niebler GmbH
Siriusstr. 11, 85614 Eglharting
Tel. : 08091-56 55 0
www.autohaus-niebler.de

Ihre Beiträge für die Presse:

redaktion@suedostgrafik.de

LANDRATSAMT EBERSBERG: KLÜNGELRUNDEN IM HINTERZIMMER

Sie nennen sich Arbeitsgruppe, Beirat, Steuerungskreis, Lenkungskreis, Impulsgremium, Forum oder Runder Tisch und sollen sich mit der Kreisklinik, mit Wohnungsnot und Wohnungswesen, mit Asyl, Inklusion, Mobilität, Carsharing, Tourismus und Radwege, nachhaltiger Landwirtschaft, Energie und Ressourcen, Energetischer Nutzung der Bio-, Grün- und Gartenabfälle, mit Bildung, Gesundheit, mit Kommunalunternehmen, freiwilligen Leistungen des Landkreises, mit der „Bewältigung der Herausforderungen des demographischen Wandels", mit Demenz und anderen Dingen mehr befassen.

Der Kreistag hat inzwischen die Übersicht über die vielen Arbeitskreise (AK) verloren, die in den letzten Jahren geschaffen wurden; eine Auflistung dieser AKs, so wie sie von der SPD-Kreistagsfraktion vor einem Jahr gefordert wurde, konnte bis heute nicht erstellt werden. Im April soll dem Kreis- und Strategieausschuss des Kreistags eine vollständige(re) Liste vorgelegt werden.

Die Inflation solcher Arbeitskreise ist eine bedenkliche Entwicklung, denn AKs sind in der Landkreisordnung (LkrO) - dem Gesetz, das die Arbeit des Kreistags regelt - überhaupt nicht vorgesehen. Die LKrO bestimmt vielmehr, dass alle Beratungen und Entscheidungen im Kreistag und seinen von ihm gewählten Ausschüssen zu erfolgen haben. Deren Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich abzuhalten und ihre Sitzungsprotokolle darf jeder Landkreisbürger einsehen. Nur so ist gewährleistet, dass die Meinungsbildung und die Entscheidungen im Kreistag und seinen Ausschüsse für jedermann transparent sind – eine wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz der Entscheidungen des Kreistags durch den Bürger und Wähler.

Während der Kreistag von den Landkreisbürgern gewählt wurde und dieser wiederum die Mitglieder seiner Ausschüsse bestimmt hat, wurden die Teilnehmer all dieser AKs nie gewählt und sind willkürlich und beliebig. Gleichwohl erwecken deren Teilnehmer, darunter auch Lobbyisten diverser Interessengruppen sowie Vertreter gewerblicher Firmen, die bemerkenswerterweise für ihre Lobbytätigkeit auch noch Sitzungsgelder erhalten, den Eindruck, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten; sie maßen sich gar an, dem Kreistag und seinen Ausschüssen konkrete Beschlüsse vorzuschlagen und der Landratsamtsverwaltung Aufträge zu erteilen.

Ja, noch toller: zunehmend erdreisten sich diese AKs gar, konkrete Beschlüsse zu fassen - dies aber ist von Gesetzes wegen allein dem Kreistag und seinen Ausschüssen vorbehalten.

Diesen Machtansprüchen demokratisch nicht legitimierter Gremien leisten der Landrat, bestimmte Personen in der Landratsamtsverwaltung und der Kreistag Vorschub, indem immer mehr solcher undemokratischer Gremien gegründet werden

und diese immer mehr Einfluss erhalten.

Was ist der Grund dafür ? Offenbar gibt es starke Kräfte im Landratsamt und im Kreistag, die die Meinungsbildung und Entscheidungen der Kontrolle durch die Öffentlichkeit entziehen wollen, weil es ihnen in intransparent zusammengesetzten Klüngelrunden leichter möglich ist, ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Erkennt niemand im Kreistag, dass durch das Zulassen und Fördern solcher institutionalisierten Lobbyarbeit die Akzeptanz des Kreistags beim Landkreisbürger untergraben wird ?

Es wäre auch die Aufgabe von Landrat (LR) Niedergesäß, den Wildwuchs an AKs, der in der Zeit von LR Fauth begann, zu begrenzen. Doch LR Niedergesäß ist ersichtlich kein Verfechter von Transparenz und Öffentlichkeit: die Sitzungstermine und Tagesordnungen dieser AKs werden nicht öffentlich bekannt gegeben, die Sitzungen finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und Bürgern wird mit obskuren Ausreden die Einsicht in die Sitzungsprotokolle verweigert.

Das ist nicht bürgerfreundlich, und daran ändert auch nichts, dass sich LR Niedergesäß im Herbst letzten Jahres von der Gesellschaft für Konsumforschung für viel Geld bescheinigen ließ, dass eine Umfrage ergeben hätte, dass die Landkreisbürger das Landratsamt angeblich für besonders bürgerfreundlich halten – denn gleichzeitig verweigert LR Niedergesäß diesen Bürgern das im Grundgesetz garantierte Petitionsrecht an den Kreistag. Die Diskrepanz zwischen Schein und Sein könnte nicht größer sein.

Auch das Verhältnis zur Pressefreiheit scheint bei LR Niedergesäß gestört zu sein: indem er der kritischen Presse Auskünfte verweigert und so eine Aufklärung über die Risiken der Zinswetten des Landratsamts, über die Planungen für eine teure Biomüllvergärung, über die Gründe für die überhöhte Müll-Entsorgungsumlage und über das Treiben der rechtlich mehr als fragwürdigen Energiegenossenschaften blockiert, will er offenbar jede kritische Berichterstattung über ihn und seine Behörde verhindern.

Gleichzeitig hat er sich mit der Zeitschrift „Ebersblick" seine eigene Zeitung geschaffen, mit der er nach seinem Belieben die öffentliche Meinung im Landkreis beeinflussen und die ihn - nach dem Vorbild von Bürgermeister Ockel aus Kirchseeon – im nächsten Wahlkampf in das beste Licht richten kann. Bei solchen Möglichkeiten sieht er großzügig darüber hinweg, dass das verfassungsrechtliche Gebot der „Staatsferne der Presse" fordert, dass der Staat keine eigenen Zeitungen herausgeben darf, weil dies mit dem verfassungsgemäßen Auftrag der Presse, nämlich der Kontrolle der staatlichen Organe wie z.B. des Landratsamts, nicht vereinbar ist.

Wie sehr dem Kreistag das Gespür für die Verletzlichkeit der Demokratie abhanden gekommen ist, kann man daran erkennen, dass die anfängliche Kritik der Kreistagsfraktionen am „Ebersblick" ganz schnell verstummte, als ihnen LR Niedergesäß in „seiner" Zeitschrift Platz für eigene Parteiwerbung einräumte: der Vorwurf der unzulässigen Parteienfinanzierung steht nach wie vor im Raum, zumal nur diejenigen Parteien, die im Kreistag vertreten sind, im „Ebersblick" ihre Wählerwerbung verbreiten dürfen – nicht jedoch alle anderen Parteien im Landkreis. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Eine ausführliche Fassung ist auf www.kirchseeon-intern.de zu finden.

Ludwig Steininger